Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 24.03.2018

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Weil gemeinsam alles geht - Peter Knöfler: Natur und Umwelt schützen/Energiewende vor Ort umsetzen

SSW Landesparteitag: Peter Knöfler - Die Kommunalpolitischen Leitlinien des SSW zur Kommunalwahl

Es gilt das gesprochene Wort

Husum, 24.03.2018

kære venner, liiw fölkjens

ich freue mich nicht darüber das die Windschutzscheibe meines Autos nach einer langen Fahrt durch Schleswig-Holstein mittlerweile fast „Insektenfrei“ bleibt. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Die Anzahl und Artenvielfalt von Insekten und Bienen ist dramatisch gesunken. Das wurde uns in der letzten Woche hier im Husumhus bei einer SSW – Veranstaltung von Experten noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Gewachsen hingegen ist die Fläche für den Maisanbau und für andere Monokulturen. Auf diesen Äckern wächst wirklich nichts anderes mehr, außer eben das gewünschte Produkt ; dank Glyphosat und anderen Pestiziden.

Die Artenvielfalt unserer Natur ist massiv bedroht. Dagegen müssen wir dringend etwas tun. Anfangen können wir damit direkt vor unserer eigenen Haustür, in unseren Gärten, und in unseren Städten und Gemeinden. Unsere kommunalen Grünflächen müssen nicht überall gleich aussehen. Durch Förderung einheimischer, gebietsgeeigneter Blühpflanzen kann das Blütenangebot zum Wohl der Bienen deutlich verbessert werden. Wir als Kommunalpolitiker können in unseren Städten veranlassen, dass auf gemeindeeigenen Gebiet keine Pestizide mehr zum Einsatz kommen dürfen.

Sicher das ist nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber selbst vor Ort anzufangen ist allemal besser als nur auf die Landwirte zu schimpfen.

Kære venner,

es hilft nichts, wir müssen den Klimaschutz verbessern , und zwar nicht erst in dreißig Jahren. Das geht nur mit Erneuerbaren Energien, durch eine Senkung des Energieverbrauchs und mehr Energieeffizienz. Das geht nicht mit dem ängstlichen Festhalten an der Kohleverstromung. Was im Koalitionsvertrag der neuen GroKo zum Thema Klimaschutz-Zielen steht macht mich wütend!

Wer, wie CDU und SPD, immer noch glaubt Braunkohle in Deutschland fördern und verstromen zu müssen, wer glaubt durch Verzögern der notwendigen Energiewende könne man dem Klimawandel begegnen und somit regelmäßig die eigenen Klimaschutz-Ziele verfehlen, der irrt. Die frisch ins Amt gelangte große Koalition verschläft wieder einmal die Zukunft, zum Wohle der Stromkonzerne.

Die Klimapolitik der neuen Bundesregierung ist ein Skandal! Ohne Ambitionen, rückwärtsgewandt und mutlos.

Wir in Schleswig-Holstein, insbesondere hier im Norden des Landes sollten es besser machen und beispielhaft vorangehen. Indem wir nicht nur (zu recht) meckern, sondern positiv nach vorne schauen. Wir haben den Wind im Lande überall vor Ort und sollten etwas daraus machen. Der SSW will die Speicherkapazitäten ausbauen und eine lokale, dezentrale Energieproduktion durch erneuerbare Energien, zusammen mit den Stadtwerken in S-H , voranbringen.

Die erzeugte Energie kann z.B. in Wasserstoff umgewandelt werden mit der zukünftig alle bisher mit Diesel betriebenen Nahverkehrszüge an der Westküste emissionsfrei fahren könnten. Niedersachsen macht uns das schon längst vor.

Kære venner,

der Verbrennungsmotor in unseren Autos ist ein Auslaufmodell und hat keine Zukunft.- auch wenn einige von Euch das vielleicht nicht gerne hören.

Das Fahrzeugaufkommen und die Feinstaubbelastungen dadurch sind zu hoch. Aber statt zu handeln und moderne Mobilitätskonzepte besonders zu fördern, sitzt auch die neue GroKo auf dem Schoss der Auto-Lobby und lässt sich mit Almosen abspeisen. Dafür lässt sie die Besitzer von Dieselfahrzeugen im Stich und tut nichts damit alle betroffenen Fahrzeuge auf den möglichen Stand der Technik gebracht werden.

Der SSW will das mehr Mittel für ÖPNV und SPNV zur Verfügung gestellt werden. Städte und Kreise sind längst soweit. Aber das Geld muss dort auch ankommen.

Wir brauchen, auch in allen Mittelstädten, des Landes ein attraktives, kostengünstiges Stadtbus-System damit der PKW-Verkehr unsere Innenstädte nicht verstopft.

Für Fahrradfahrer und Fußgänger muss viel mehr getan werden, um die Aufenthaltsqualität in unseren Städten und Gemeinden zu erhöhen. Davon profitiert dann wieder der Tourismus.

Unser Grundwasser ist in Gefahr vergiftet zu werden. Das habe ich mir nicht ausgedacht, sondern das sagen mir die Betreiber von Wasserwerken im Land. Einen eklatanten Anteil daran hat sicher die Landwirtschaft, durch den Einsatz verschiedenster Pestizide und durch das Ausbringen von Gülle durch Massentierhaltung.

Eine große Gefahr bildet die Förderung von Öl durch Fracking-Methoden für unsere küstennahen Gewässer und für das Grundwasser sowieso. Erdölkonzerne müssen ihre Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse offenlegen, auch gegenüber betroffenen Kommunen. Das öffentliche Interesse an gesunden Lebensgrundlagen muss in jeden Fall Vorrang vor Unternehmensinteressen haben. Auch hier gilt: Gemeinwohl vor Profit!

Der SSW will den dauerhaften Schutz des Wassers in ganz Schleswig-Holstein durch ein Landesgesetz das Fracking und Wassergefährdung ein für alle mal verhindert.

Der Ausbau der Windenergie gelingt nur im Dialog mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen eine sinnvolle Verteilung der Windenergiemühlen im ganzen Land, und Landschaftsschutzzonen in den Landkreisen errichten in denen heute besonders viele Anlagen stehen.

Uns allen muss aber auch klar sein: Ohne den weiteren Ausbau der Windenergie kommen wir nicht weiter. Egal in welchem Landkreis, ob in Holstein oder unserem Landesteil. Nur zu sagen „Bei uns nicht!“ ist unsolidarisch und nicht zielführend.

Unsere Natur und unsere Umwelt haben es verdient das wir uns nachhaltig für sie einsetzen. Denn nur so können wir als Menschen hier im Norden, im Land zwischen den Meeren, langfristig überleben.

Ich bitte Euch um Zustimmung zu dem vorgelegten Abschnitt der neuen kommunalpolitischen Leitlinien zum Thema

„Wir wollen unsere Natur und Umwelt schützen /Energiewende vor Ort umsetzen“